

Bezugspreis:

Monatlich in Neuenbürg RM. 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsbezirk, sowie im sonstigen inländischen Verkehrsgebiet RM. 1.86 mit Postzuschlag. Preis freibleibend. Drei einer Nummer 10 Nfr. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Wiederherstellung des Bezugspreises.

Schaltungen nehmen alle Postämter, sowie Agenturen und Vertriebsstellen jederzeit entgegen. Gem. Nr. 4.

Postamt Nr. 24 bei der Oberamts-Poststelle Neuenbürg.

Der Enztöler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Neeb'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Diefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Diefinger in Neuenbürg.

Nr. 232 Dienstag den 4. Oktober 1932 90. Jahrgang

Die Reichsregierung und die Streiklage

Im Augenblick keine besonderen Maßnahmen geplant

Berlin, 3. Okt. (Fig. Meldung.) In der Öffentlichkeit sind Gerüchte verbreitet, wonach der Arbeitsminister beabsichtigen soll, der Streikbewegung durch eine gemeinsame Konferenz mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer entgegenzuwirken. Wie wir von unrichtiger Seite erfahren, ist eine besondere Aktion nicht geplant. Selbstverständlich hat der Reichsarbeitsminister der Entwicklung bisher nicht einfach zugehört. Es haben vielmehr gerade in der letzten Woche zahlreiche Besprechungen mit Vertretern sowohl der Unternehmer als auch der Gewerkschaften stattgefunden. Einige Gewerkschaftsvertreter sind auch vom Reichskanzler empfangen worden. Bei den Gewerkschaften selbst ist die Rechtsauffassung keineswegs einheitlich. Während die freien Gewerkschaften die Notwendigkeit der Notverordnung anzweifeln, vertreten die christlichen Gewerkschaften bisher den Standpunkt, daß sie sich nicht nur gegen die Notverordnung, sondern auch gegen die Einwirkung der Reichsregierung auf die Arbeitsbedingungen aussprechen. Sie ist nur durch Entscheidung des Arbeitsgerichts möglich. Bisher hat man in juristischen Kreisen den Eindruck, daß keine Partei große Reue habe, das Arbeitsgericht anzurufen. Es ist aber möglich, daß eine solche gerichtliche Klärung nun doch in der nächsten Zeit im Zusammenhang mit der Situation im Rheinlande erfolgt.

Die vermutete Aktion des Reichsarbeitsministers ist auch deshalb nicht zu erwarten, weil nach den letzten Meldungen keineswegs eine Verschärfung der Situation eingetreten ist. Man darf nicht übersehen, daß weder der Hamburger Verkehrsstreik noch der der Berliner Speditionenstreik mit der Notverordnung irgend etwas zu tun hat. Uebrigens hat sich auch das Kabinett am Freitag bereits mit diesen Dingen beschäftigt. Es ist aber zu dem Entschluß gekommen, die weitere Entwicklung zunächst abzuwarten. Sollte sie zu einer Verschärfung führen, so würde die Regierung natürlich erneut Stellung nehmen. Im Augenblick aber sind keine besonderen Maßnahmen geplant und deshalb entfallen auch die Gerüchte, die von einer besonderen Streikverordnung wissen wollen.

Zahlreiche Neueinstellungen auf Grund der Notverordnung

w. Berlin, 3. Okt. Nach dem Bericht des Schlichters für den Bezirk Süddeutschland sind seit dem 2. September bis einschließlich 1. Oktober 1932 auf Grund der Notverordnung vom 5. September rund 1700 Arbeiter und Angestellte neu eingestellt worden. Die Neueinstellungen sind hauptsächlich erfolgt in der Textilindustrie, dem Bekleidungs- und bei dem Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau.

„Dela“-Flugtag in Tempelhof

Über 100 000 Zuschauer — Großluftangriff auf ein Industrieziel

Berlin, 3. Okt. Der vom Deutschen Luftfahrtverband e. S. am Sonntag nachmittag auf dem Flugplatz Tempelhof veranstaltete Dela-Flugtag gestaltete sich zu einem vollen Erfolg. 25 000 zahlende Zuschauer hatten sich eingegeben, aber weitere 100 000 hatten sich am Rande des Flughafens angeammelt. In der Veranstaltung auf dem Tempelhofer Feld hatten sich als Vertreter des Reichsverkehrsministeriums Staatssekretär Königs, Ministerialdirektor Brandenburg und der Referent für Sportflugwesen, Oberregierungsrat Geper, eingegeben.

Die Flugveranstaltung begann mit einem Geländerennen. Fünf Albatrossflugzeuge führten darauf einen Gruppenflug vor und zeigten dabei verschiedene wohlgeplante Formationswechsel. Einen außerordentlichen Eindruck von den Leistungen des schnellsten europäischen Verkehrsflugzeuges gewann man aus dem außerplanmäßigen Flug des schwedischen Fliegers Mittelholzer, der eine Geschwindigkeit von reichlich 300 Kilometern in der Stunde erreichte.

Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete ein Luftangriff auf ein Industrieziel, der von 95 Flugzeugen ausgeführt wurde. Mit diesem Luftangriff wurde ein Massenschauspiel gegeben, wie es in Deutschland bisher noch nicht gezeigt wurde, wie es aber in jeder französischen oder englischen Kleinstadt heute zu den üblichen Sonntagsvorstellungen gehört. Alle 95 Flugzeuge waren gleichzeitig in der Luft. Die am Südrande des Flughafens gelegene Sarotti-Fabrik war als Angriffsziel ausersehen. Durch die Warnvorrichtung wurde die Belegung der Fabrik, die in diesem Falle als ein kriegswichtiges Ziel angesehen wurde, alarmiert, um in die Unterstände abzurufen. Gleichzeitig mit dem Warnsignal erfolgte die Vernebelung des Werkes, gegen das nun die Flieger ihre Angriffe richteten. Die Flugzeuge stießen durch die Nebelwand durch und warfen ihre Bomben auf das Werk und bewiesen damit, daß jeder passive Luftschutz unzulänglich ist, wenn er nicht durch militärische Abwehr von der Erde aus durch Flugabwehrkanonen, aus der Luft durch militärische Flugzeugabwehr ergänzt werden kann.

Der Ernst der Lage, in der sich Deutschland im Kriegsfall befinden würde, wurde den Zuschauern so aufs Deutlichste vor Augen geführt. Der Angriff mußte trotz der passiven Abwehr als voll gelungen betrachtet werden. Das Werk wäre im Ernstfall restlos vernichtet worden.

Im Schlichterbezirk Schlesien sind bis zum 1. Oktober 1932 in 54 Betrieben rund 1600 Neueinstellungen erfolgt. In der Provinz Ostpreußen ist im Bergwerbe eine Reihe von Neueinstellungen vorgenommen worden.

Bergarbeiter zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung

Bachum, 3. Okt. (Fig. Meldung.) Die Reichskonferenz des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes beschäftigte sich heute mit dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Das Mitglied des Hauptvorstandes Hartmüller wandte sich mit aller Schärfe gegen den sozialpolitischen Teil der Verordnung und gab zu bedenken, daß der Plan der Regierung misslingen müsse, wenn die allmähliche Besserung der Wirtschaftslage, mit der die Regierung rechne, nicht eintrete.

Verneinung des Möbeltransportarbeiterstreiks

Berlin, 3. Okt. (Fig. Meldung.) Nachdem die Arbeitgeber im Möbeltransportgewerbe den Schiedspruch angenommen haben, erklärten sich heute abend in geheimer Abstimmung auch die Arbeitnehmer mit 494 gegen 196 Stimmen mit dem Schiedspruch einverstanden. Der Streik ist damit beendet.

Ausfahrungen beim Streik der Hochseerfischer

w. Wesermünde, 3. Okt. Der Fischdampfer „Rhein“ ist heute zum Fischfang in See gefahren. Die Streikenden haben verschiedene Fischdampfer losgeworfen, damit sie vor dem Bug des Dampfers „Rhein“ treiben sollten. Dies konnte vom Hafenschutzdienst verhindert werden. Bei mehreren hiesigen Firmen sind heute morgen die Fischerarbeiter in den Sympathiestreik getreten.

Da in Hamburg die Fischerarbeiter streiken, sind von den in Hamburg angekommenen acht Dampfern nur zwei gelöscht worden.

Aussperrung für das gesamte Leipziger Großbuchbindereis-Gewerbe beschlossen

Leipzig, 3. Okt. (Fig. Meldung.) Für das gesamte Leipziger Großbuchbindereisgewerbe ist die Aussperrung beschlossen und bei dem Gesamtverband die Gesamtspernung für das Reich beantragt worden. Anlaß dazu gab ein Streik bei einer hiesigen Firma, die weiter 48 Stunden in der Woche arbeiten läßt, im Hinblick auf die Neueinstellungen aber nach der Vorschrift den Lohn für die 31. bis 40. Wochenstunde gezahlt ausbezahlt hatte.

Abwehrmaßnahmen gegen die italienische Devisenregulierung

Berlin, 3. Okt. Die Ankündigungen, daß sich die italienischen Abwehrmaßnahmen gegen die deutsche Kontingentpolitik zu einer Wirtschaftsbloade gegen Deutschland auswirken würden, haben sich nunmehr bestätigt. Die Anweisungen an die italienischen Banken, den Importeuren deutscher Waren die zur Bezahlung nötigen Devisen zu sperren, müßte praktisch das Ende der deutschen Einfuhr nach Italien bedeuten. Der deutsche Botschafter hat sich, wie verlautet, sofort mit der italienischen Regierung in Verbindung gesetzt, um einenmodus vivendi zu finden, der etwa bis zum 1. Januar dauern und die Zeit bis zum Abschluß der Handelsvertragsverhandlungen ausfüllen soll.

Berlin, 3. Okt. (Fig. Meldung.) Die italienische Regierung hat am Samstag eine neue Devisenregulierung in Kraft gesetzt, die als gegen Deutschland gerichtet angesehen werden muß. Die Bestimmungen der neuen italienischen Devisenverordnung sind bedeutend ungünstiger für Deutschland als die, die Deutschland für seinen Devisenverkehr mit anderen Ländern getroffen hat. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, werden deutschseits Gegenmaßnahmen erfolgen. Nach der ganzen devisen- und wirtschaftspolitischen Situation ist es für Deutschland nicht möglich, die Devisenregulierung von der Frage abhängig zu machen, ob wir mit diesem oder jenem Lande freundschaftlich stehen. Für Deutschland ist nur eine einheitliche Regelung allen Staaten gegenüber denkbar. Ein Kompromiß mit einem einzelnen Staat würde dadurch sofort illusorisch gemacht werden, daß dann alle anderen Länder die gleichen Bedingungen für sich in Anspruch nehmen würden.

Von unterrichteter Seite wird in diesem Zusammenhang erklärt, daß die Frage der Devisenregulierung mit den augenblicklich im Gange befindlichen Kontingentverhandlungen Deutschlands nichts zu tun habe. Die deutsche Kommission, die zurzeit im Haag weil, wird morgen zu weiteren Verhandlungen nach Rom abreisen.

Die Devisenkommission besteht aus je einem Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Reichswirtschaftsministeriums und der Reichsbank. Die Reichsregierung hat sich, wie schon aus der Entscheidung der Kommission hervorgeht, bereits mit dem Konflikt beschäftigt und die Gegenmaßnahmen beraten, die zu ergreifen sind, wenn die Bemühungen der Kommission nicht zum Ziele führen. Dabei ist bereits volle Einigkeit über diese Maßnahmen erzielt worden.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Verteilung über deren Raum 25 Nfr., Kellamagazin 40 Nfr. Kollektivanzeigen 150 Proz. Zuschlag. Offerte und Aufnahmefristen 20 Nfr. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachverfahrens fünfzig Nfr. ist, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Geschäftsstand für beide Teile in Neuenbürg. Für jede Auftrags- und keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahmen der Sonn- und Feiertage.

Festgefahren?

S. Berlin, den 3. Oktober 1932.

Man fährt von und nach Genf auf verschiedenen Weisen und in verschiedener Richtung. Eine Fronte des Schicksals will es, daß die Reisepläne der Männer von Genf nicht mehr miteinander übereinstimmen. Fährt der eine nach Genf, so hat der andere den Genfer Bahnhof gerade verlassen und sich hinter die schützenden Mauern seines Ministeriums zurückgezogen. Der Wagen der Abreisungskonferenz ist festgefahren, und die Führer des Wagens fahren auseinander vorbei.

In der Nacht zum Samstag erhielt der englische Außenminister Simon die Befehle, noch am gleichen Tage, möglichst im Flugzeug, nach Genf zu reisen. Kaum erfährt man in Genf von diesem überraschenden Befehl, da läßt Herriot, der französische Ministerpräsident, in aller Eile seine Koffer packen und fährt Samstag abend knapp bevor das Londoner Flugzeug in Genf landen kann, nach Paris zurück, wo er, mit Gott, der Welt, vor allem aber mit sich selbst zufrieden, den weiteren Verlauf der Dinge abwarten wird.

Was treibt Simon so eilig nach Genf? Es scheint, daß der erwartete Erfolg seiner plötzlichen Genfer Reise schon dadurch vereitelt worden ist, daß Herriot ebenso plötzlich Genf verlassen wird, wie Simon es zu tun gedenkt. Im Anschluß an eine Kabinettsberatung wurde Macdonald vom König in Audienz empfangen und das Ergebnis war die Befehlserteilung der Reise Simons nach Genf. Die englische Regierung ist sich des Ernstes der Lage wohl bewußt. Sie hat erkannt, daß nach der Abreise der deutschen Delegation es nicht sehr darum geht, ob die Abreisungskonferenz noch zu einem positiven Ergebnis kommen kann oder nicht, sondern daß im Hintergrund sich andere Gefahren erheben, die für die Weltpolitik noch von weit größerer Tragweite sein können als das eventuelle Scheitern des Abreisungsgebändens. In England erkennt man mehr und mehr, welcher Fehler gemacht wurde, als Simon vor vierzehn Tagen in Berlin jene Note überreichen ließ, von der sich auch die Engländer hätten vorherfragen können, daß sie das Gegenteil von dem erreichen würde, was man wollte. Mit Simons Schulmeisternote sollte Deutschland eingeschüchtern werden. Darum war sie so, daß Herriot ihr nichts mehr hinzuzufügen hatte, d. h. es wurde eine französische Note aus London batiert, im englischen Text abgefaßt und mit dem Namen eines englischen Ministers unterzeichnet. Mit Erschrecken hat das englische Volk festgestellt, daß sich Deutschland heute nicht mehr einschüchtern läßt, daß es sogar den Mut findet, es sich energisch zu verbitten, von den Politikern eines anderen Landes beschulmeister zu werden. Ein so schwerer psychologischer Fehler hätte einer so klugen Regierung wie der englischen nicht unterlaufen dürfen. Die Ereignisse in Genf haben sich dann nur folgerichtig entwickelt, und wie sich heute schon erkennen läßt, die Abreise der deutschen Delegation hat nicht die Gefahr einer deutschen Isolierung heraufbeschworen, wohl aber die Gefahr einer erneuten ganz ernstlichen Krise des Völkerverbandes.

England war es, das mit seiner Note den Abreisungs-motor auf den höchsten Gang gestellt hat. Der Wagen sitzt fest. In England ist es jetzt, den Rückgang einzustellen, um überhaupt zunächst erst einmal wieder auf glatte Bahn zu gelangen. Von dem ewigen Kompromißler Macdonald ist nichts anderes zu erwarten, als daß er es zunächst mit neuen Kompromissen versuchen wird. In welcher Richtung sich das Kompromiß bewegen soll, läßt sich noch nicht sagen. Man hat den Eindruck, als wenn England selbst noch nicht recht weiß, was es will. Neue Ideen gibt es nicht. Es werden lediglich all die Probleme wieder erörtert, die längst in den Akten schlummern. Simon will versuchen, die Franzosen auf irgend eine Weise zu einem Zugeständnis zu bewegen, und es taucht dabei wieder der alte Plan Macdonalds vom politischen Götterfrieden auf. Auch von einem „Chloacarno“ wird wieder gesprochen. Daß diese Pläne in dem Augenblick erledigt sind, in dem sie erörtert werden, bedarf keiner Erwähnung.

Das englische Volk verlangt immer dringlicher, daß die Regierung in der deutsch-französischen Streitfrage „vermitteln“ auftritt. Vermitteln soll England, nicht Partei ergreifen. So sehr ist man in England heute davon überzeugt, daß die englische Note an Deutschland parteilich war, daß sogar die „Times“ behauptet, der englischen Regierung nicht das Kompliment machen zu können, daß ihre Politik in der Frage des deutschen Anspruchs auf Gleichberechtigung einseitig und klar gewesen ist. Man darf vermuten, daß die englische Regierung nach dem letzten Kabinettsrat durchaus bereit sein wird, dem deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung entgegenzukommen.

Eine Weltwirtschaftskonferenz in London

w. Genf, 3. Okt. Das mit der Organisation der Weltwirtschaftskonferenz beauftragte Komitee beschloß, daß die Weltwirtschaftskonferenz in London stattfinden und zu Beginn des kommenden Jahres zusammentreten soll. Das genaue Datum der Konferenz steht jedoch noch nicht fest.

Am 21. Oktober wird der Vorbereitende Sachverständigen-ausschuß in Genf zusammentreten, in dem Deutschland durch Reichswirtschaftsminister Warmbold und Dr. Voste vertreten ist. Während der außerordentlichen Tagung der Völkerver-sammlung im November wird das Komitee das Datum der Konferenz endgültig festsetzen. Man spricht davon, daß die Konferenz am 1. oder 10. Februar nächsten Jahres zusammentreten soll.

partei, 9 = Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung), 10 = Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei), 11 = Deutsche Bauernpartei, 12 = Land- und Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund, 13 = Deutsches Landvolk (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei), 14 = Volksrecht-Partei. Für Reisende mit Stimmzettel, denen sich keine Möglichkeit zur Stimmabgabe in einem allgemeinen Abstimmungsraum bietet, sind in Württemberg in Stuttgart (Hauptbahnhof) und in Friedrichshafen (Hafenbahnhof) besondere Stimmbezirke mit Abstimmungsräumen einzurichten. Die Abstimmungszeit dauert von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags. In Stimmbezirken mit weniger als 1000 Einwohnern kann das Oberamt eine kürzere, jedoch mindestens sechsstündige Abstimmungszeit festlegen; die gekürzte Abstimmungszeit darf aber nicht später als 11 Uhr vormittags beginnen und nicht vor 4 Uhr nachmittags schließen. Zum Kreiswahlleiter für den Reichstagswahlkreis 31 (Württemberg und Regierungsbezirk Sigmaringen) sowie zum Verbandswahlleiter des 16. Wahlkreisverbandes Württemberg-Baden ist Ministerialrat Dr. Kiefer, zum Stellvertreter Regierungsrat Dr. Jeyer, beide im Innenministerium in Stuttgart, ernannt worden.

Landesausschussung des Württ. Bauern- und Weingärtnerbundes

Stuttgart, 3. Okt. Der Landesausschuss des Württ. Bauern- und Weingärtnerbundes tagte am Sonntag in Stuttgart, um die politische Lage in Land und Reich sowie die kommende Reichstagswahl zu besprechen. Die in der jüngsten Rotverordnung der württ. Regierung erfolgte Einführung der Schlichtsteuer wurde sehr scharf kritisiert. Der Landesausschuss erwartet von der gekürzten Reichstagswahl, dass sie die in der neuesten Rotverordnung angeordnete Schlichtsteuer zurückzieht. Der Bauernbund wird eine Regierung mit den schärfsten Bänden bekämpfen, die der Notlage der Landwirtschaft zu wenig Rechnung trägt, wie es durch die Einführung dieser, die Landwirtschaft schwer drückenden Steuer geschah.

Zu den politischen Vorgängen der letzten Monate im Reich nimmt der Württ. Bauernbund folgende Stellung ein: Das nach dem inneren Umsturz aufgerichtete neue deutsche Regierungssystem ist in diesem Jahr an seiner eigenen Unfähigkeit zusammengebrochen. Es hat sich gezeigt, dass der Parlamentarismus für Deutschland nicht taugt. Die Verderblichkeit dieses Systems erkannt und daraus die praktische Folgerung gezogen zu haben, ist das Verdienst des Reichspräsidenten von Hindenburg. Der am 31. Juli 1932 gewählte Reichstag hatte weder eine arbeitsfähige noch eine nationale Mehrheit. Einen solchen Reichstag müsste die Reichsregierung auflösen. Eine Regierung Bayern steht der Württ. Bauernbund vollkommen frei und unabhängig gegenüber. Er wartet ihre Leistungen für die deutsche Landwirtschaft ab. Wir fordern Einlösung der der deutschen Landwirtschaft gemachten Verprechungen. Wie immer, so geht auch diesmal der Württ. Bauernbund als selbständige politische Organisation in den Wahlkampf. Wir wollen alle dafür sorgen, dass am 6. November die Schande vom 9. November 1918 ausgewischt wird.

Deutschnationale Tagung

Stuttgart, 3. Okt. Die Abgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei aus Baden, Bayern und Württemberg, Rheinpfalz und Saablen versammelten sich gestern mit dem Landesvorstand Württemberg in Stuttgart zu einer Arbeitstagung. Neben der eingehenden Besprechung organisatorischer Fragen wurden vor allem die politische Lage behandelt. Der Landesvorsitzende Württembergs, Reichsrat Hirtel, der zunächst Hindenburgs Geburtstag gedachte, gab einen anschaulichen Bericht über die Ereignisse der vergangenen Wochen. Es sprach dann u. a. Reichstagsabgeordneter Dr. Wilder und Finanzminister Dr. Dethinger. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Solange die Regierung Bayern auf dem eingeschlagenen Wege zur inneren und äußeren Befreiung Deutschlands weitergeht, wird die Deutschnationale Volkspartei sich hinter sie stellen, ohne irgendwelche Bindungen einzugehen und ohne darauf zu verzichten, für notwendige Verbesserungen, namentlich des sozialpolitischen Programms der Regierung, das mit allem Nachdruck einzusetzen. Die reine Parteipolitik des neuen deutschen Parlamentarismus muß abgelehnt werden durch eine wahrhaftige Staatspolitik unter der Führung einer vom Parlament und den Parteien unabhängigen Regierung. Dieses Ziel ist der Sinn der Wahl am 6. November.

Irreführende Verpackungen beim Vertrieb von Lebensmitteln — Täuschung der Käufer

Stuttgart, 2. Okt. In den letzten Jahren ist häufig die Beobachtung gemacht worden, daß manche Arten von Lebensmitteln in Behältnissen vertrieben werden, deren Formen und Abmessungen geeignet sind, den Käufer über die Menge der darin enthaltenen Waren zu täuschen. So kommen Schokoladewaren und Süßigkeiten in großen Kartons mit übermäßig viel Schutzpapierfüllung, Tafelchokolade in Kartons mit besonderen Lappenzügen vor. Schmelzläse wird

öfters in Schachteln mit doppeltem Boden, Speiseöl in Flaschen aus sehr dickwandigem Glas oder mit hochgezogenem Boden verkauft. Fischkonserven werden häufig in schrägwandigen Schalen Dosen, deren obere Fläche größer ist als der Boden, oder in Büchsen mit eingesogenem Boden in den Handel gebracht. Nur ein Teil der in Betracht kommenden Lebensmittel unterliegt den Vorschriften der Verordnung über die äußere Kennzeichnung von Lebensmitteln. Aber selbst wenn der Inhalt nach Art und Menge genau angegeben sein sollte, besteht die Gefahr, daß der Verbraucher über die Menge und Preiswürdigkeit der angebotenen Ware getäuscht wird. Der Vertrieb von Lebensmitteln in derartigen Packungen und Behältnissen fällt unter den Tatbestand der irreführenden Aufmachung. Nach Mitteilungen aus den beteiligten Wirtschaftskreisen hat der Vertrieb von Lebensmitteln in Packungen der angegebenen Art bereits einen erheblichen Umfang angenommen. Nach einem Erlaß des Innenministeriums haben die Polizeibehörden und chemischen Untersuchungsanstalten bei der Ueberwachung des Lebensmittelverkehrs auf derartige Verhältnisse gegen das Lebensmittelgesetz zu achten, die beteiligten Gewerbetreibenden zu warnen und, soweit dies nach den besonderen Verhältnissen des einzelnen Falles geboten erscheint, eine Strafverfolgung zu veranlassen.

Verworfenne Berufung

Stuttgart, 3. Okt. In einer mehrtägigen Sitzung und unter Aufsichtung eines großen Sachverständigen- und Zeugensapparates hatte die Große Strafkammer einen Fall zu behandeln, der schon vor zwei Jahren das Große Schöffengericht beschäftigte. Damals wurde der beim Oberamt Leonberg tätige Obersekretär Otto Bräuer zu einem Jahr und zwei Monaten Zuchthaus verurteilt, weil er nahezu 8000 M. untergeschlagen und Bücher gefälscht haben soll. Gegen dieses Urteil legte er Berufung ein, die erst jetzt, da immer neue Beweisanträge gestellt wurden, durchgeführt werden konnte. Neben der Verurteilung der Berufung ist am interessantesten, daß der Beurteilte seitdem sein halbes Gehalt bezieht, da ein Disziplinarverfahren erst dann gegen ihn eingeleitet werden kann, wenn das Strafurteil rechtskräftig geworden ist. Daraus ergibt sich die paradoxe Erscheinung, daß ein Beamter, der dem Staat 8000 Mark veruntreute, als Gehalt noch 8000 Mark bezieht und noch weitere Bezüge erhalten wird, da er gegen das Urteil der Großen Strafkammer Revision einlegen will.

Die wirtschaftliche Lage im September

Stuttgart, 2. Okt. Während bis zum Sommer dieses Jahres auch in der württembergischen Wirtschaft wie im ganzen Reich eine gewisse Einseitigkeit in der absteigenden Linie bei nahezu allen Wirtschaftszweigen festzustellen war, ist in den letzten Monaten eine Veränderung infolgedessen zu beobachten, als wenigstens teilweise die rückläufige konjunkturelle Bewegung zum Stillstand gekommen ist und außerdem da und dort die Wirtschaftskurve wieder eine Keilung nach oben aufweist. Wenn auch diese Anzeichen nicht ohne weiteres als der sichere Beginn einer endgültigen Wendung des wirtschaftlichen Geschehens zum Besseren anzusehen sind, so können sie doch zu der Annahme berechtigen, daß die württembergische und die deutsche Wirtschaft noch nicht so erschüttert sind, daß ein Aufgehen der bisherigen verhängnisvollen Verfallerscheinungen nicht mehr möglich wäre. Den Anstoß zur Besserung des konjunkturellen Abgleitens hat in erster Linie die Befestigung und Steigerung der Preise verschiedener wichtiger Rohstoffe auf dem Weltmarkt gegeben, wodurch eine stärkere Einbindung an Fertigungswaren zu der früheren Preislage bedingt wurde. Allerdings zeigte sich die gesteigerte Kaufkraft nicht so sehr beim Einzelhandel als beim Großhandel, beim Verbraucher dagegen nahezu gar nicht mit Ausnahme landwirtschaftlicher Kreise. Die gute Ernte ermöglicht der Landwirtschaft, Industrieerzeugnisse, besonders auch landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, zu kaufen. Sollte es gelingen, die Kaufkraft weiterer Schichten der Bevölkerung zu heben, so wird hiermit eine wesentliche Belebung der Wirtschaft erzielt werden können, da Bedarf allenthalben vorhanden ist und Lagerbestände in nennenswertem Umfang nicht mehr vorhanden sind. Im übrigen jedoch bleibt vorläufig die wirtschaftliche Lage nach wie vor sehr ernst. Stark gedrückte Preise, hinfälliger Zahlungseingang, Sinken der Kaufkraft, Nachfragen nach nur billiger Ware, zunehmende Schwierigkeiten in der Ausfuhr, überhöhte öffentliche Lasten und nicht zuletzt die politische Unheerlichkeit bilden schwer auf die durchschnittlich nur zu 40-45 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigte Industrie. Es wird daher der Mitarbeit aller Wirtschaftskreise und Bevölkerungsschichten bedürfen, wenn das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung von Erfolg getränkt sein soll.

Neueinstellung von Arbeitern auf Grund der Verordnung vom 5. September 1932

Stuttgart, 2. Okt. Nach den beim Schlichter für die Bezirke Südwestdeutschland und Hessen eingegangenen Anzeigen sind bis 1. Oktober 1932 in Südwestdeutschland 1200 und Hessen 1533 Neueinstellungen erfolgt. Diese Zahlen geben

feinerlei Ueberblick über die tatsächlich vorgenommenen Neueinstellungen. Die Firmen sind nach der V.D. nur dann zur Anzeige an den Schlichter verpflichtet, wenn mit der Vermehrung der Belegschaft eine Senkung der tarifvertraglichen Bezüge vorgenommen wird. Es werden also alle Neueinstellungen nicht erfaßt, bei denen aufgrund der Vorschriften der Verordnung eine Senkung der tarifvertraglichen Bezüge nicht möglich ist, ebenso sind keinerlei Unterlagen für die Neueinstellungen vorhanden, die in Industrie- und Gewerbebezirken vorgenommen worden sind, für die zur Zeit ein Tarifvertrag nicht besteht. So sind also sämtliche Neueinstellungen in folgenden größeren Vertragsgebieten nicht gezählt: in der württ. und badischen Textilindustrie mit etwa 80 000 Beschäftigten, in der badischen und badischen Holzindustrie und im Holzgewerbe mit etwa 30 000 Beschäftigten, im badischen, württembergischen und Frankfurter Gastwirts-gewerbe mit etwa 20 000 Beschäftigten. Ebenso sind Einstellungen nicht mitgerechnet, bei denen der Arbeitgeber auf die Lohnsenkung verzichtet und nur in den Genuss der Einstellungsprämien gelangen will. Dazu kommt noch, daß in Württemberg die Meldungen um deswillen noch spärlich eingelaufen sind, weil die Arbeitgeberverbände die Ausführungsbestimmungen abgewartet und den Firmen ein Zurückhalten empfohlen haben. Ein einigermaßen den tatsächlichen Verhältnissen nachkommendes Bild dürfte sich erst dann ergeben, wenn die Finanzämter die Zahlen für die bewilligten Einstellungsprämien zu geben in der Lage sind.

Baden

Forstheim, 3. Okt. In Verbindung mit dem Raubmord wurde in der Nacht auf Montag ein hiesiger Einwohner unter dem Verdacht der Mithilfeerschaft verhaftet. Weitere Spuren sind noch aufgenommen. Bei dem Ermordeten handelt es sich um den Juwelierfabrikanten Karl Bauer. Der 37jährige Mörder Svedmaier, Sohn adäquater Eltern aus Forstheim, ist erheblich vorbestraft wegen Unterschlagung, Diebstahl und außerdem soll er schon einmal wegen Straftatens bestraft worden sein.

Ueberlingen, 2. Okt. Der 22jährige Wagnerehrge Johann Schmid aus Kallensbeuren bei Rindshelm (Württemberg) fuhr auf seinem Motorrad in Richtung Wasserburg am Bodensee eine Anhöhe herunter, wobei die Bremse seines Kraftrodes versagte. Schmid überfuhr in voller Wucht die geschlossene Bahnschranke und rannte in einen im gleichen Augenblick heranfahrenden Personenzug. Der unglückliche Fahrer wurde von dem Zug entzwei geschnitten und war auf der Stelle tot.

Handel und Verkehr

Stuttgart, 3. Okt. (Landesproduktenbörse.) Der Getreidemarkt verkehrte auch in obgenannter Woche in ruhiger Haltung. Trotz schwächerer Zufuhren waren die Preise etwas rückgängig, weil ausserordentlich wenig Kaufkraft herrschte. Es notierten je 100 Kg.: Württ. Weizen 21-21,50 (am 26. Sept. 21-22), Roggen 18-18,50 (18,25-18,75), Braugerste 17,50-19 (una.), Futtergerste 16-16,50 (una.), Hafer 12,50 bis 13,50 (13-14), Weizen (losg) 3,75-4,25 (una.), Kleie (losg) 4,50-5,50 (una.), drahtgepresstes Stroh 2,80-3 (una.), Weizenmehl Spezial 0 34-34,50 (34,45-34,95), Brotmehl 26-26,50 (26,45 bis 26,95), Kleie 8,25-8,75 (8,75-9) Ml.

Heilbronner Trauben- und Tafelobst-Schau

Heilbronn, 3. Okt. Am Samstag wurde für eine fünf-tägige Dauer die Heilbronner Trauben- und Tafelobstschau eröffnet. Die von den Weingärtnern und Weingärtner-Gesellschaften und -genossenschaften des Unterlandes ausgesetzten Trauben- und Weinerzeugnisse dokumentieren wiederum in anschaulicher und eindrucksvoller Weise nicht nur die Güte, sondern auch die Mannigfaltigkeit der Trauben- und Weinproduktion im württembergischen Unterland. Vertreten ist in vorderster Linie und größter Zahl Heilbronn, dann folgen die Weinorte Sonthelm, Schwaigern, Brackenheim, Erlendach, Dürrenzimmern, Nordheim, Kleingartach, Eberstadt, Heffigheim. Verbunden mit der Trauben- und Wein-Ausstellung ist eine Tafelobstschau, die von Einzelzüchtern und Obstbauvereinen in Heilbronn, das auch hier das Hauptkontingent der Ausstellung stellt, in Alfaltrach, Dürrenzimmern, Aedersulm, Schwaigern, Weinberg und Willbach beschickt ist. Mannigfaltigkeit und erstklassige Qualitäten in tafelförmiger und geschmackvoll aufgemachter Sortenverpackung, sowie die Preiswertigkeit beweisen auch hier, daß der Unterländer Obstbau mit an erster Stelle der deutschen Obstproduktion steht und daß die Bevorzugung ausländischen Obstes ein Unrecht gegenüber der in jeder Beziehung gleich hochstehenden deutschen Obstproduktion ist. Angegliedert ist der ganzen Ausstellung eine Schau von Garten-Erzeugnissen und der einschlägigen Industrie- und Gewerbe-Bedarfsartikel. In einer Beinhofhalle im Ausstellungsgelände können sich die Ausstellungsbesucher von der Güte der Unterländer Weine selbst überzeugen. Zugleich mit dieser Trauben- und Tafelobstschau, die am Sonntag von über 300 Personen besucht worden ist, wurde von der Heilbronner Geschäftswelt eine Werbewoche „Kauf deutsche Ware“ eröffnet.



Die Reichshauptstadt feiert den 85. Geburtstag Hindenburgs

Der Reichspräsident verläßt mit seinem Stabe das Reichsehrenmal in der neuen Woche unter den Linden, das er nach dem Kirchgang besuchte.

Die Ehrenkompanie in Paradeausstellung in der Wilhelmstraße. Eine Abteilung mit den Traditionsfahnen marschiert in den Hof des Reichshauptpostamts ein.



Letzte Nachrichten

Stadtparolen, 3. Oktober. Die gestrigen Ergänzungswahlen von Stadtvorordneten hatten folgendes Ergebnis: Kommunisten 620 Stimmen (Vergleichszahlen bei der Reichstagswahl am 31. Juli 1932: 603), Sozialdemokraten 200 (482), Wirtschaftliche Einheitsliste (bürgerliche Mittelparteien) 653 (382), Nationalsozialisten 1262 (2199) Stimmen.

London, 3. Okt. Der Lutton-Bericht hat in Japan allgemeine Ablehnung gefunden. Aus Kreisen des japanischen Auswärtigen Amtes ist an die englische Presse folgende Äußerung gelangt: Teile des Berichts seien voller Vertämer und irreführender Darstellungen. Die Autonomie der Mandchurie sei für Japan unannehmbar. Unabhängig davon, was der Völkerbund beschließt, werde Japan direkt mit China verhandeln. In weiteren Berichten über die Kritik des Lutton-Berichts an Japan kehrt die Ansicht wieder, daß Japan beschuldigt, aus dem Völkerbund auszutreten.

Mexiko, 2. Okt. Der nördliche Teil von Mexiko ist von großen Uebernehmungen heimgesucht worden. Bisher wurden 14 Tote gemeldet. In den von der Katastrophe heimgesuchten Gebieten sind Tausende obdachlos.

Die Ausgestaltung des Arbeitsdienstes

Berlin, 3. Okt. (Eig. Meldung.) Als Abschluß seiner Führung voranstellte der Reichsbund für Arbeitsdienst eine Kundgebung, zu der Vertreter des Reichsarbeits- und des Reichswehrministeriums und Vertreter der Landes- und Kommunalbehörden erschienen waren. Der Erste Vorsitzende des Bundes, Generalmajor a. D. Faupel, forderte in seiner Rede den allmählichen Übergang von dem Freiwilligen Arbeitsdienst zur Arbeitsdienstpflicht.

Verlängerung der Bestimmung über Brotgewichtsangabe

Berlin, 1. Okt. Wie bekannt, ist in dem Brotgesetz die Bestimmung enthalten, daß Brot, für das ausschließlich oder überwiegend Mahlerzeugnisse des Roggens verwendet werden, gewöhnlich nur in bestimmten Gewichten hergestellt werden darf, und daß das Gewicht vom Hersteller auf dem Brot für den Käufer leicht erkennbar anzugeben ist. Diese Bestimmung, mit deren Einführung seinerzeit das sogenannte System des festen Brotgewichtes bei gleitenden Preisen ganz allgemein für das Reichsgebiet zur Pflicht gemacht wurde, ist bis zum 30. September 1932 befristet. Da ihre Fortgeltung im Interesse einer angemessenen Brotpreisbildung und ihrer Ueberwachung zweckmäßig ist, wird jetzt ihre Geltungsdauer im Wege der Rotverordnung unbefristet verlängert.

Befähigte Todesurteile

w. Leipzig, 3. Okt. Das Reichsgericht befähigte heute die vom Schwurgericht Hamburg gegen den Kraftwagenführer Gerhardt und den Autiführer Friedrich Werner wegen Raubmordes ausgesprochenen Todesurteile. Die beiden Angeklagten hatten am 12. August 1931 einen Kaufmann überfallen, mit einem Hammer erschlagen und aus dem Kontor Geld, Wertgegenstände und Kleidungsstücke entwendet.

Weiter wurde ein vom Schwurgericht Greifswald erlassenes Todesurteil gegen den landwirtschaftlichen Arbeiter Wilhelm Anwand rechtskräftig befähigt, der im August vorigen Jahres den Nachwächter Morad des vom Grafen Stolberg bewirtschafteten Gutes Schlemmin in Vordommern ermordet und in den Gutsteich geworfen hatte. An seiner Stelle war ursprünglich sein Kumpan, der auf dem gleichen Gut beschäftigte Arbeiter Bildkowsky, wegen Mordes zum Tode verurteilt, dieser Schließspruch aber vom Reichsgericht aufgehoben worden.

Aus Welt und Leben

Kaufleute um den alten Brangel. Als der Oberbefehlshaber der preussischen Truppen, Graf Brangel, im Jahre 1848 in Schleswig einen großen Sieg errangen hatte, schickte Friedrich Wilhelm IV. an den Thronfolger, der sich in dem Hauptquartier befand, ein Telegramm folgenden Inhalts: „Nach dem Herrn der Deerscharen verdanke ich diesen glänzenden Sieg Ihnen und der tapferen Armee.“ Von Graf Brangel selbst

war im Telegramm mit keinem Wort die Rede. Der Thronfolger, der die Empfindlichkeit Brangels genau kannte, verfuhr die Situation zu retten und fing an, etwas von dem zu sprechen, das Graf Brangel in der Eile und in der Freude über den Sieg daran vergessen habe, auch Brangel seinen Dank auszusprechen. „Wieso denn?“ sagte der alte Deerscharer, ganz im Gegenteil, er beginnt ja mit: Nach dem Herrn der Deerscharen...“

Löwenwirtin, du Schlaue. Nicht so viel besorgen, wie die Löwenwirtin, die junge, wird wohl die Löwenwirtin in der Stadt Algenau werden. Bis vor kurzem war sie reich beliebt bei allen ihren Kunden. Ihr Spaß, ihre Einfälle, ihr Startgeist war der Hauptreiz für die meisten ihrer Stammgäste. Wenn die Deiterlein auf Höchste gestiegen war, dann war es immer der größte Scherz, daß die Löwenwirtin ein leeres Blatt Papier brachte und einen oder den anderen Gast seinen Namen unterschreiben ließ. „Ich mache dir darauf ein wunderschönes Testament, Altereder“, erklärte sie. In ihrer weinlichen Stimmung gingen die alten Leute ohne weiteres auf den Scherz ein und trapezierten ihre Namensunterschrift auf den Papierbogen. Niemand dachte sich etwas dabei. Man nahm auch daran keinen Anstoß, daß die lustige Löwenwirtin nach dem Tode eines solchen Stammgastes immer bei dessen Familienangehörigen erschien und einen Schauderschein des Verewigten präsentierte, der nicht von Pappe war. So eine Wirtin hatte eben überall ihre Schuldner. Als eines Tages ein solcher alter Gast gestorben war, stattete die Löwenwirtin auch seinen Hinterbliebenen ihren Besuch ab. Bei dieser Gelegenheit zog sie einen schön säubereich zusammengefalteten Schauderschein aus der Tasche. Die Angehörigen fielen beinahe in Ohnmacht, als sie die Summe lasen: 6000 Mark sollte ihr Familienoberhaupt im Wirtshaus vertrauen haben? Aber da hand es schwarz auf weiß und die Unterschrift des Verstorbenen war ohne jeden Zweifel echt. Trotzdem ließ man die Sache nicht auf sich beruhen und zog auch die Polizei zu Rate. Und sie da! Die Polizei hatte bald das Geheimnis heraus. Der gute Mann hatte in einer angerauten Stunde ein leeres Papierblatt unterschrieben. Den Text dazu schrieb dann die Löwenwirtin. Es meldeten sich noch andere Familien, bei denen die Schlaue Wirtin größere und kleinere Geldbeträge einstufert hatte. So kam die Wirtin wundermild vor das Gericht. Vier halbe ihr alle Schamkeit nichts: sie wurde zu 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Mit 100 Mark im Monat

Wie leben unsere Werkstudenten?

Die deutschen Universitäten und somit die Gesamtheit der deutschen Studentenschaft stehen vor dem Beginn des Wintersemesters. Der Einzelne steht naturgemäß im Winter noch härter als im Sommer vor der harten Notwendigkeit, Möglichkeiten zu wenigstens für die persönliche Selbstbehaltung zu suchen — die Zeiten der „goldenen Studentenage“ sind längst vorbei; an unzählige junge Menschen, die zur alma mater drängen, tritt der Existenzkampf in oft bitterer Form heran — es heißt, nicht nur Student, sondern Werkstudent zu sein! Viele dieser Studier sind darauf angewiesen, sich mit Hilfe von Stipendien, Freistellen, Einzelunterstützungen über Wasser zu halten. Sind ganz frohe Fälle vorliegend, so hilft beispielsweise in Berlin der Wirtschafts- und Fürsorgeausschuss der Universität. Das ist zunächst die Parteikasse. Jetzt kann sie in einem Semester nur noch ungefähr sechzigtausend Mark bereitstellen, während es bis vor kurzem immerhin noch hunderttausend Mark waren. Hierzu kommen ungefähr weitere dreißigtausend Mark für Einzelunterstützungen, fünfzigtausend Mark für Freistellen und vielleicht zwanzigtausend Mark aus Universitätsstipendien. Die Studienhilfe des deutschen Volkes gibt im Halbjahr etwa neunzigtausend Mark, allerdings meist nur für wissenschaftliche Arbeiten besonders begabte Studenten.

Betrachten wir uns nun einmal das färgliche Existenzminimum eines heutigen Studenten. Prof. Dr. Paul Hildebrandt berechnet es folgendermaßen: der Student muß eine Studiengebühr von hundert Mark im Semester zahlen, wozu 21 Mark Sozialabgaben kommen; die einzelne Kollegstunde kostet 2,50 Mark, während die Seminare ihre Kosten verschieden stellen. Neben diesen „wissenschaftlichen“ Ausgaben kommt der Semesterpreis von 25 bis 30 Mark als dringliche monatliche Anforderung. Zeigt man nun Essen und Trinken mit beiseitenden 1,10 Mark für den Tag an und rechnet dazu

Fahrtgeld, Stiefelreparaturen, Wäsche — so kommt man insgesamt auf ein unbedingt notwendiges Minimum von hundert Mark im Monat. Auf diese Summe für den einzelnen Studenten ist nun die Fürsorge des Wirtschafts- und Fürsorgeausschusses der Studentenschaft eingerichtet, allerdings unter der Voraussetzung, daß dem betreffenden Studenten zunächst einmal Gehaltbrennmaterial gewährt wird.

Es wird nicht wunder nehmen, wenn man erfährt, daß die Ansuchen nach Unterstüngen sich im Winter dem Sommer gegenüber häufen. Um überhaupt einigermassen den Anforderungen des kommenden Winters gewachsen zu sein, mußte das Wirtschafts- und Fürsorgeamt der Berliner Universität sich dazu entschließen, während der langen Herbstferien sämtliche Freistellen aufzugeben. Das hat gerade in der Reichshauptstadt für viele Studenten eine bittere Verhäufung des Existenzkampfes bedeutet. In welcher Not manche Akademiker heden, beweisen einige Fälle, die von dem Wirtschafts- und Fürsorge-Ausschuss der Universität besonders berücksichtigt wurden.

Da ist ein verheirateter Mann mit drei Kindern. Er war Angestellter, verdiente monatlich zweihundert Mark und wurde eines Tages abgeholt. Zunächst beginnt er als Bauarbeiter, dann als Journalist zu arbeiten; mit färglichem Einkommen aus diesen Beschäftigungen unterhält er seine Familie — und studiert Philosophie!

Ein Student der Medizin, Ritter Busrau, Vater tot, sieben Geschwister. Er trägt Besatzzeug, arbeitet als Deizer, als Gärtner, als Büchsenarbeiter, als Transportarbeiter, als Zigarettenverkäufer — und studiert! Augenbläuflich steht er, nach Jahren schlimmer Not und verbissener Energie, vor dem Staatsexamen.

Ein Arbeitersohn. Der Vater ist längst arbeitslos und lebt im Monat von 50 Mark Krisenunterstützung. Sein ältester Sohn wurde Gehörgehilfe, machte „nebenbei“ sein Abiturium und studiert nun.

Diese Fälle, charakteristisch für unsere Zeit, liegen sich ins Ungemessene vermehren. Sie zeigen immerhin eins: es gibt noch Möglichkeiten für den willigen, fleißigen, tapferen Kämpfer sich einstudierenden Studenten. Wo eine Wille ist, ist auch heute immer noch ein Weg!

Konzert und Theater

Vom Forzheimmer Schauspielhaus

Neuenbürg, den 3. Oktober.

„Das Lied der Liebe“. Operette in 3 Akten von L. Herzog.

Musik nach Johann Strauß von R. W. Korngold.

Die Erfolgsoverette der letzten Berliner Theaterfaisan hat nun ihren Weg auch nach Forzheim gefunden. Nach der Ballerlängen Johann Strauß hat eine ganze Generation getraut, die heute Herzog und Färgig ist, und es ist eine stillbestimmliche Glückseligkeit der Erinnerung um diese altvertrauten Töne, so daß nur wenigen entgeht, daß Golders seinem wohl langschönen, aber auch manchmal langstarken Orchester nicht die letzte Zähe abzurufen versteht. Schließlich begleitet doch die Musik den Tenor und nicht der Tenor die Musik. Doch den echten weaverischen Ton hat das Orchester immer noch am besten gefunden. Am „warern“ zu können, muß man aber auch schon wie Kugeln selbst aus Wien sein. Einen Freidrief für sex appeal-Länge bedeutet das allerdings noch lange nicht. Im Hauptgewinn des Abends bildeten als Träger der Hauptrollen Vefa Krenit und Fritz Frank. Der letztere war wieder einmal ganz „in Form“ und lang sich so aufs neue in die Herzen des Forzheimmer Operettenpublikums. Vefa Krenits Stimme hat gegen das Vorjahr an Wohlklang und Reinheit entschieden gewonnen, wenn auch noch immer eine gewisse Steifheit der äußeren Gestaltung den vollwertigen Erfolg behindert. Aus der übrigen Rollenbesetzung, des Schauspielhauses hatte sein ganzes Ensemble anzubieten, verdienen noch verdientvolle Nennung Henry Liebler, Vefa Krenit, Maria Frank, Irene Rainer, Curt Müller und Wille Moog. Hübsche Bühnenbilder von Ludwig Weg (man gebe ihm mehr Mittel, dann werden sie noch hübscher) und ein flottes Spiel unter Richard Reingits bewährter Szeileitung schufen einen netten, auch für die Zukunft lassenerfolgsversprechenden Abend. Für die Verbreitung der Schläger hat ja der Rundfunk schon lange geforgt. Daß auf den dritten Akt verzichtet werden könnte, ist nicht die Schuld des Schauspielhauses.

Fleischsteuer.

Durch die 6. Rotverordnung des Württ. Staatsministeriums zur Sicherung des Staatshaushalts vom 24. September 1932 — Reg.-Bl. S. 267 — ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 in Württemberg die Fleischsteuer eingeführt worden.

Hienach ist steuerpflichtig

1. wer Rindvieh, Schweine oder Schafe auf eigene Rechnung schlachtet oder schlachten läßt. Hierzu gehören auch die Rot- und Hauschlachtungen (Schlachsteuer).
2. wer Fleisch der in Ziffer 1 genannten Tiere in frischem oder zubereiteten Zustand sowie Fleisch- und Wurstwaren in das Gebiet des Landes Württemberg einführt (Ausgleichsabgabe).

Von der Schlachtsteuer sind frei Schlachtungen auf polizeiliche Anordnung. Von der Ausgleichsabgabe frei ist das unter Beachtung der vorgeschriebenen Ueberwachungsmaßnahmen durch Württemberg durchgeführte Fleisch, das von dem Beschauer als untauglich erklärte Fleisch und nicht gewerbsmäßig aus anderen deutschen Ländern eingeführtes Fleisch, wenn die eingeführte Menge im Einzelfalle weniger als 2 Kg. beträgt.

Das Nähere, insbesondere über Anmeldepflicht und Steuerhöhe, kann bei den Gemeindebehörden, die mit der Verwaltung der Fleischsteuer beauftragt sind, erfragt werden.

Neuenbürg, den 4. Oktober 1932.

Oberamt: Lempp.

Gämtl. Buchbinderarbeiten

werden in

eigener Werkstätte

rasch und preiswert ausgeführt.

C. Meeh'sche Buchdruckerei

Inh. Fr. Biesinger.

Sparen heißt nicht immer

— daß bei sinkenden Ausgaben die Einnahmen gleichbleibend sein könnten in der Werbung zu sparen, bedeutet Rückgang der Umsätze. Sie haben noch eine gute Verkaufzeit vor sich, sparen Sie also nicht mit den Anzeigen für die

„Enztäler“

mit Nebenausgaben „Birkenfelder Tagbl.“, „Calmbacher Tagblatt“ und „Herrenalber Tagblatt“.

Zwangs-Versteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Mittwoch, 5. Oktober 1932, 10 Uhr, in Feldennach:

1 Kommode, 1 Zimmerbüfett. Zusammenkunft beim Rathaus. Gerichtsvollzieherstelle Herrenalb.

Gräsenhausen.

Strauben

zu Most oder Wein hat zu verkaufen

Adolf Glanner, Haus Nr. 27.

Neuenbürg.

Habe meinen

Laden

mit Wohnung

wieder zu vermieten.

Karl Naimshheimer.

Langenalb.

Einen Würf schöner

Milchschweine

hat zu verkaufen

Karl Weidner, Maler.

Feldbereinigung II Birkenfeld

Abteilung IV.

In den Gewanden „Blosenrain und ob den Krautgärten“ wurden heute die neuzugeleiteten Grundstücke auf dem Felde mit Namen bezeichnet.

Die betr. Parzellen sind bis zum 10. ds. Mts. zu räumen und von da ab nach dem Feldzustand zu benützen. Die Obstbäume können dieses Jahr noch von den früheren Besitzern abgemietet werden.

Birkenfeld, den 4. Oktober 1932.

S. A.: Oberlandmesser: gez. Bantleon.

Hochzeits-Karten

liefert schnellstens

C. Meeh'sche Buchdruckerei.

Birkenfeld.

Mütter-

Beratungsstunde

im alten Schulhaus am Mittwoch, 5. Okt., von 2 bis 3 Uhr.

Solltliche Gewinnziehung 18 000 Geldegewinne Mt. **26 500** **14 000** **12 500**

Grenz- und Reimitanz-Geldlos 1 Mark Württ. Geldlos 1 Mark 18 Stück, 12 M. Porto 15 Pf. **GRÜNDUNG** 6 gem. Lose franko 5 Mt. zu beziehen 4. 11. 1932. J. Schweiherl **Stuttgart - Untert.** **Postfach 1913 Stuttgart**

Hotel-Prospekte

Prospekte für Pensionen

liefert in sauberer Ausführung u. neuzeitlicher Ausgestaltung

C. Meeh'sche Buchdruckerei Neuenbürg - Telefon 404

Verlangen Sie bitte kostenlose Vorschläge.